



TRENDS & ANALYSEN GROSSHANDEL

Sonderausgabe März 2022

Bundesverband Großhandel,
Außenhandel, Dienstleistungen e.V.

Am Weidendamm 1A
10117 Berlin
Telefon 030 59 00 99-571
Telefax 030 59 00 99-519
www.bga.de
info@bga.de

Ansprechpartner:
Michael Alber
Geschäftsführer
Volkswirtschaft und Finanzen
michael.alber@bga.de

Constantin Rohrbach
Volkswirtschaft und Finanzen
constantin.rohrbach@bga.de

WIRTSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN DES RUSSISCHEN ANGRIFFS AUF DIE UKRAINE - BGA-Schnellumfrage bei den Unternehmen des Groß- und Außenhandels -

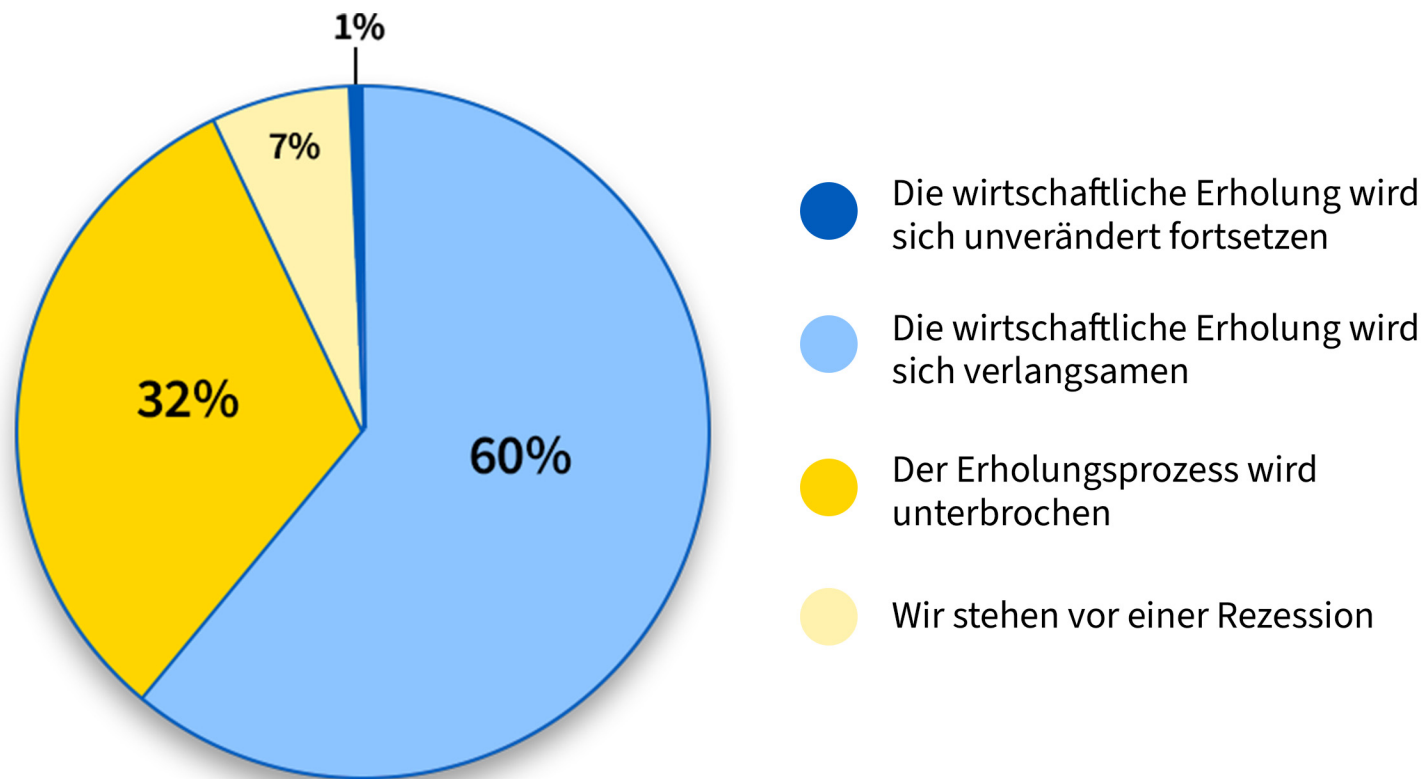
Die Folgen des Krieges in der Ukraine sind auch im Groß- und Außenhandel zu spüren. Die Sanktionen wirken sich auch in Deutschland aus. Zugleich sind die Folgen der Corona-Krise nicht gänzlich überwunden. Es zeichnet sich ab, dass sich die wirtschaftliche Erholung in Deutschland verlangsamt. Neben den erschwerten Beschaffungswegen belasten die deutlichen Preissteigerungen, vor allem bei Energie, die Unternehmen.

Die Unternehmen im Groß- und Außenhandel unterstützen den Kurs der Bundesregierung bei den Sanktionen gegen Russland. Sie erwarten aber auch, dass die Politik schnell handelt, um die Energieversorgung zu sichern und bezahlbar zu halten. Zudem bilden der Abbau von Bürokratie und auch der Ausbau der Verkehrs- und Digitalinfrastruktur weitere wesentliche Schwerpunkte aus Sicht der Groß- und Außenhändler.

Dies sind zusammenfassend die zentralen Ergebnisse der Schnellumfrage, die der BGA mit Blick auf die Auswirkungen des russischen Angriffs auf die Ukraine bei den Unternehmen des Groß- und Außenhandels im Zeitraum vom 3. bis 9. März 2022 durchgeführt hat. BGA-Präsident Dr. Dirk Jandura hat die Ergebnisse der Schnellumfrage am 10. März 2022 in einem [Pressestatement](#) vorgestellt. Im Folgenden werden die detaillierten Ergebnisse erläutert.

ERWARTUNGEN AN DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Welche Auswirkungen sehen Sie für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland?



Quelle: BGA-Unternehmensbefragung; März 2022; Grafik: BGA

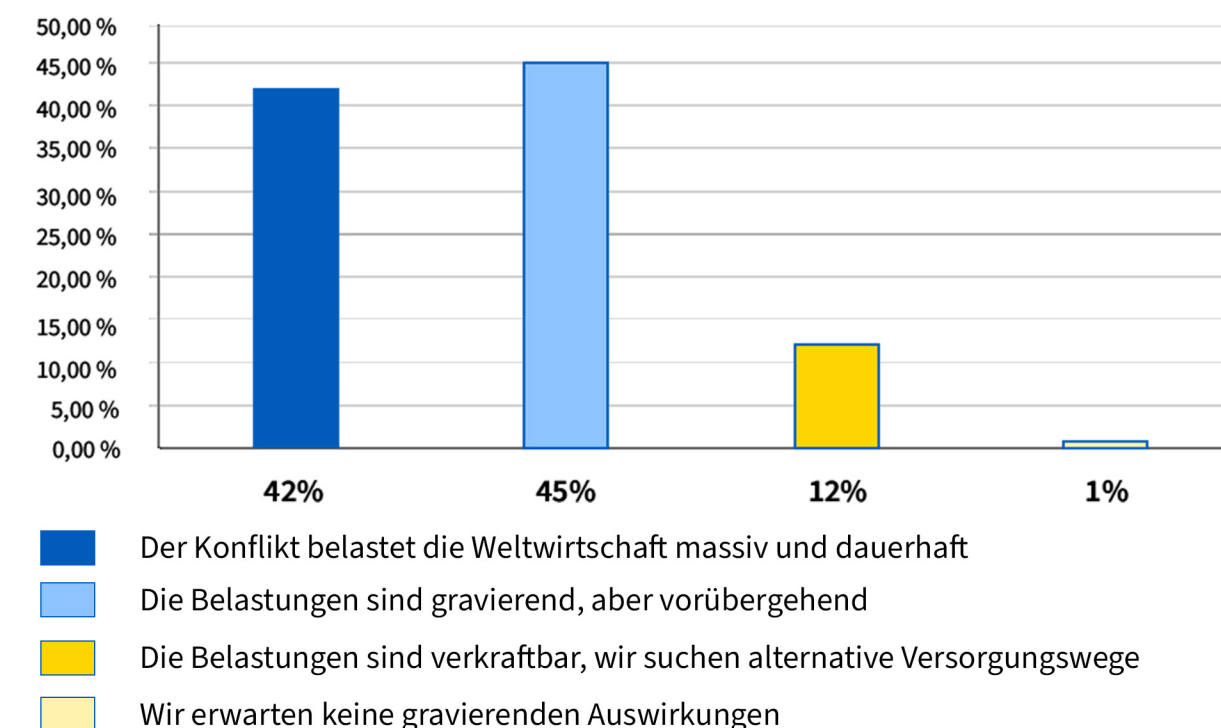
Eine Ursache liegt klar darin, dass der militärische Überfall Russlands auf die Ukraine nicht ohne Antwort bleiben kann. Politisch hat der Westen mit Wirtschaftssanktionen reagiert, um Putin zu einem Umsteuern zu veranlassen. Dass es keine Auswirkung gibt, glaubt gerade mal ein Prozent der befragten Groß- und Außenhändler. Noch ist aber nach Auffassung der Groß- und Außenhändler nicht ausgemacht, ob der Konflikt die Wirtschaft massiv und dauerhaft oder nur vorübergehend belastet. Der Konflikt belastet die Wirtschaft dauerhaft und massiv, erwarten 42 Prozent der befragten Unternehmer. Die Belastungen sind gravierend, aber vorübergehend, sagen 45 Prozent. Die Belastungen sind verkraftbar, wir suchen alternative Versorgungswege, geben 12 Prozent an.

Noch zum Jahreswechsel blickten Wirtschaftsforschung und -verbände zuversichtlich auf das Jahr 2022 und prognostizierten Wachstumsraten von 3 bis 4 Prozent. Der BGA hat dies angesichts der bestehenden Lieferengpässe bereits für sehr optimistisch gehalten. Heute sieht es so aus, dass die bisherigen Prognosen Makulatur sind. Zwar haben alle mit Skepsis auf die Entwicklungen im Osten geschaut, hatten aber nicht die Erwartung, dass es nach über 75 Jahren Frieden in Europa zu einem bedrohlichen Konflikt kommt.

Vor diesem Hintergrund hat der BGA Anfang März die Unternehmen im Groß- und Außenhandel mit einer Schnellumfrage befragt, wie diese zu den Sanktionen und den wirtschaftlichen Auswirkungen stehen.

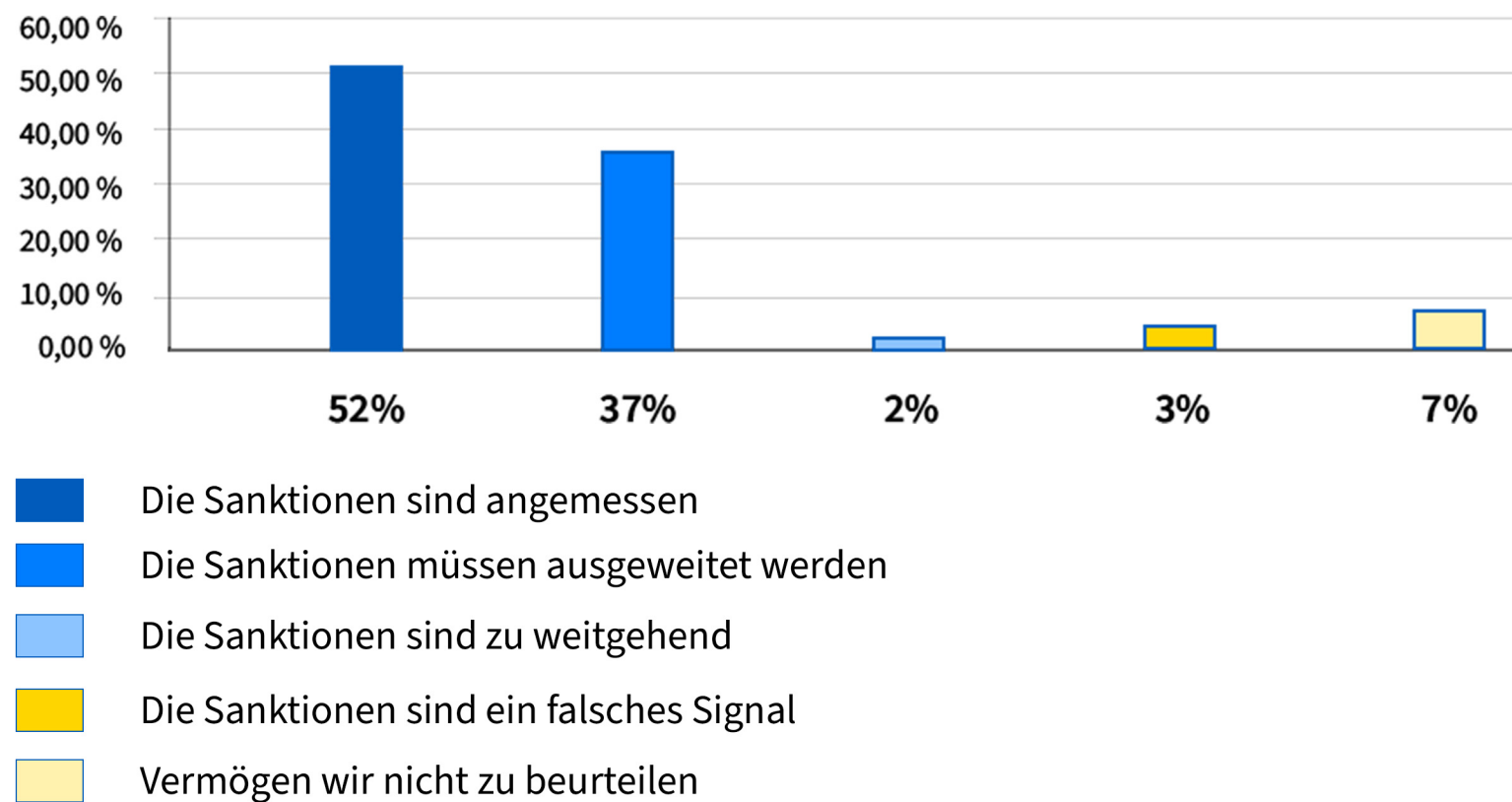
Die Groß- und Außenhändler erwarten weit überwiegend keine Rezession in Deutschland. Sie gehen mehrheitlich davon aus, dass sich die wirtschaftliche Erholung verlangsamen wird. Dies gaben 60 Prozent der Befragten an. Knapp ein Drittel befürchtet, dass der Erholungsprozess unterbrochen wird. Und nur 7 Prozent der befragten sehen Deutschland vor einer Rezession. Aus Sicht des BGA ist somit insgesamt ein Plus möglich, aber zu deutlich höheren Preisen und Kosten.

Wie beurteilt Ihr Unternehmen die Auswirkungen des Ukraine-Konfliktes für die Weltwirtschaft?



Quelle: BGA-Unternehmensbefragung; März 2022; Grafik: BGA

Wie bewerten Sie die beschlossenen Sanktionen der EU gegenüber Russland infolge des Ukraine-Konfliktes?



Quelle: BGA-Unternehmensbefragung; März 2022; Grafik: BGA

Klar ist jedoch die politische Position der Groß- und Außenhändler zu den wirtschaftspolitisch entscheidenden Weichenstellungen: Sie tragen die Entscheidungen der Bundesregierung mit. Die befragten Unternehmer halten aktuell mit 52 Prozent die beschlossenen Sanktionen der EU gegenüber Russland infolge des Ukraine-Konfliktes zumindest für angemessen, 37 Prozent sind sogar dafür, diese noch auszuweiten. Für nur 5 Prozent der Befragten sind sie zu weitgehend oder setzen ein falsches Signal.

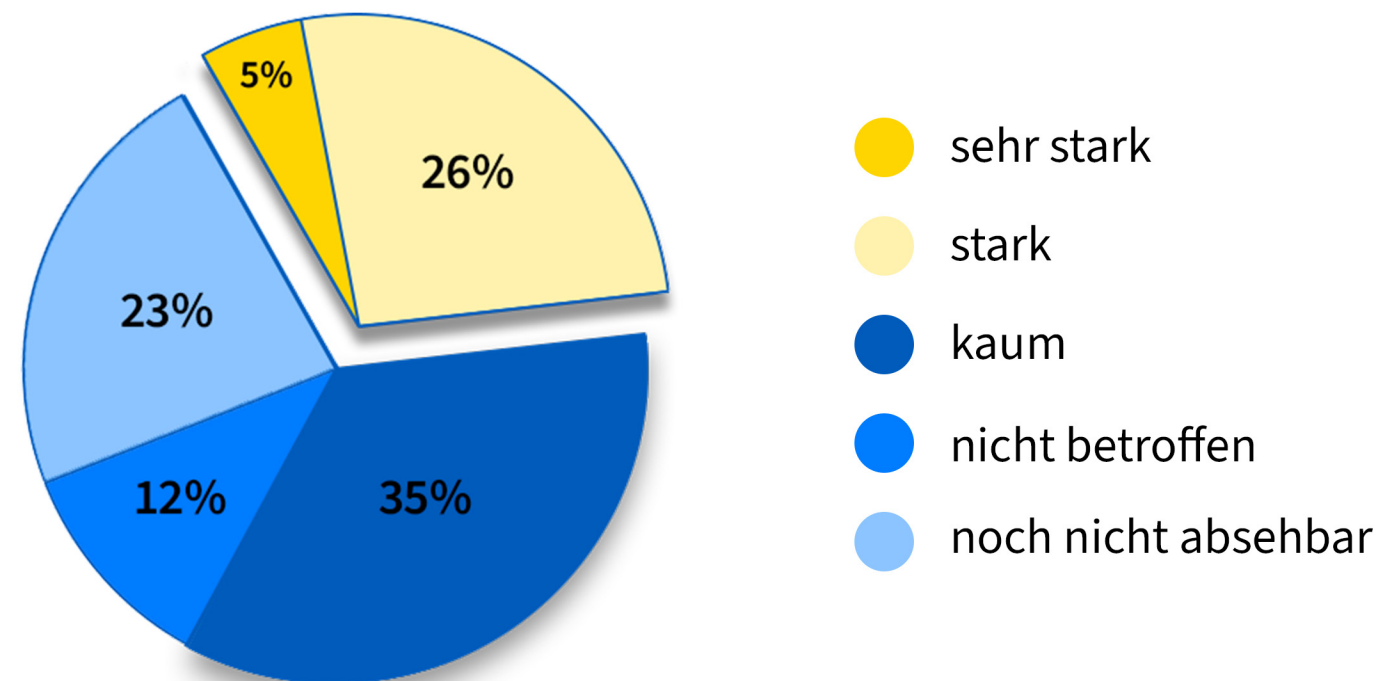
Die wirtschaftlichen Sanktionen bleiben nicht ohne Folgen für den Außenhandel und die Binnenwirtschaft. Von allen befragten Groß- und Außenhändlern gaben 36 Prozent an, Geschäftsbeziehungen mit Russland oder einem Nachbarstaat zu unterhalten. Zwar dominieren die Geschäftskontakte mit Russland, aber auch die wirtschaftlichen Bande mit der Ukraine sind sehr ausgeprägt.

Betroffen von den Sanktionen sind vor allem Stahl, Aluminium, Kupfer, Schrauben, Holz, chemische Grundstoffe, Erdöl und Erdgas, was wichtige Rohstoffe und Vorprodukte für das produzierende Gewerbe und die Energiewirtschaft trifft. Betroffen sind aber auch Textilien und Bekleidung sowie Agrarerzeugnisse wie Getreide, was wiederum die Versorgung der Menschen mit Konsumgütern trifft.

AUSWIRKUNGEN DER SANKTIONEN

Die Groß- und Außenhändler haben in den vergangenen Jahren ihre Handels- und Lieferketten diversifiziert. Die Unternehmer sind damit nicht nur von einem Markt abhängig. Dies ist das Erfolgsmodell Deutschlands. Und doch zeigen die Sanktionen Wirkung und machen sich auch in Deutschland bemerkbar.

Wie stark ist Ihr Unternehmen von den weltweiten Sanktionen gegenüber Russland sowie von Gegensanktionen betroffen?



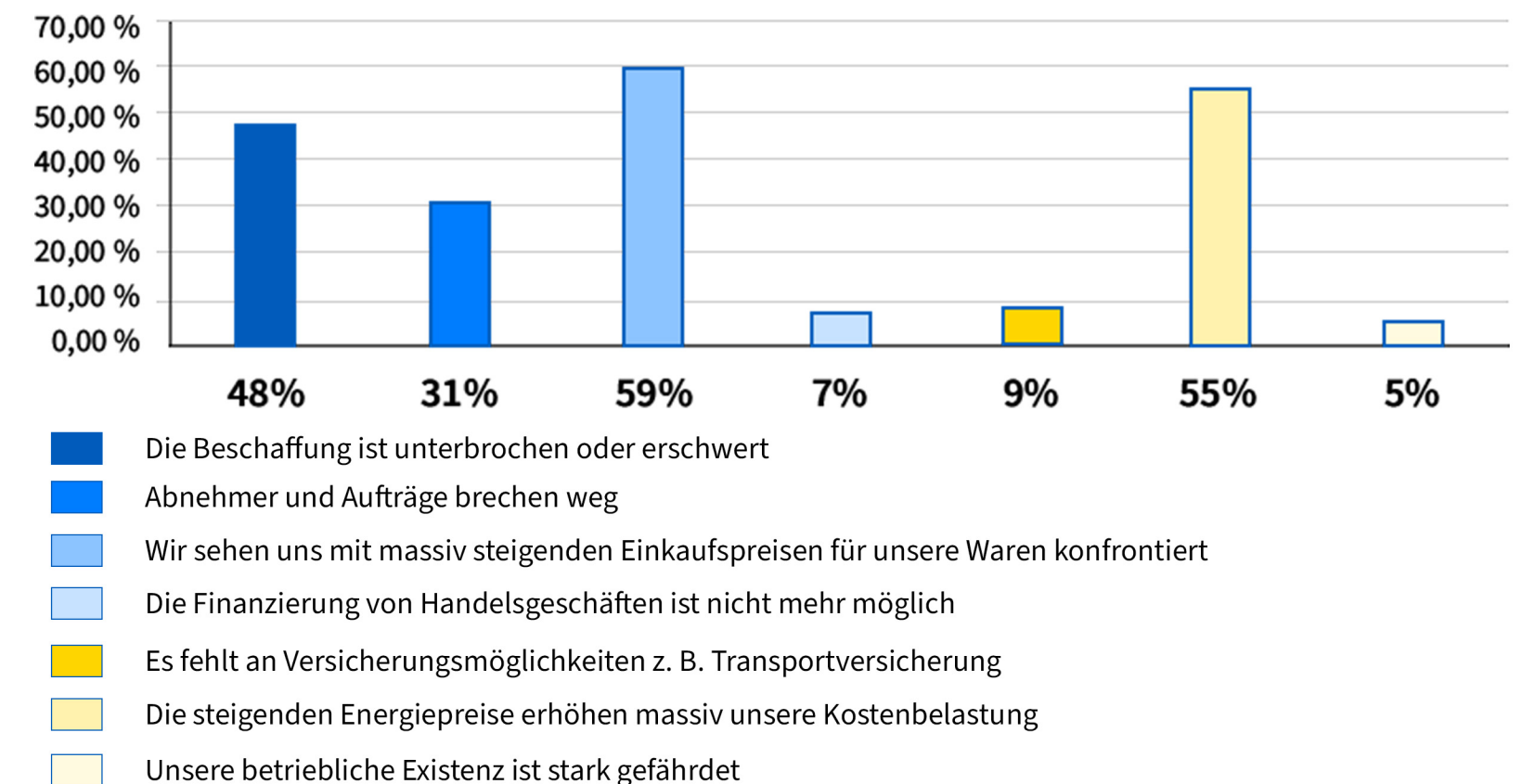
Quelle: BGA-Unternehmensbefragung; März 2022; Grafik: BGA

Für die Unternehmen dominieren jedoch der massive Anstieg der Einkaufspreise für die von ihnen benötigten Waren (59 Prozent) und die steigenden Energiepreise (55 Prozent), die zu einer massiven Kostenbelastung führen. Neben den bereits bestehenden Lieferengpässen und hieraus resultierendem Preisdruck kommt nun weiterer Druck auf Lieferketten und Preise zu. Ein schneller Rückgang der Inflation von einem Niveau von rund 5 Prozent ist nach Einschätzung des BGA mittelfristig nicht zu erwarten.

31 Prozent der Groß- und Außenhändler sehen sich von den Sanktionen bzw. Gegensanktionen stark bis sehr stark betroffen, während der Großteil - 47 Prozent - angibt, kaum bis nicht betroffen zu sein. Allerdings sind für 23 Prozent die Auswirkungen noch nicht absehbar.

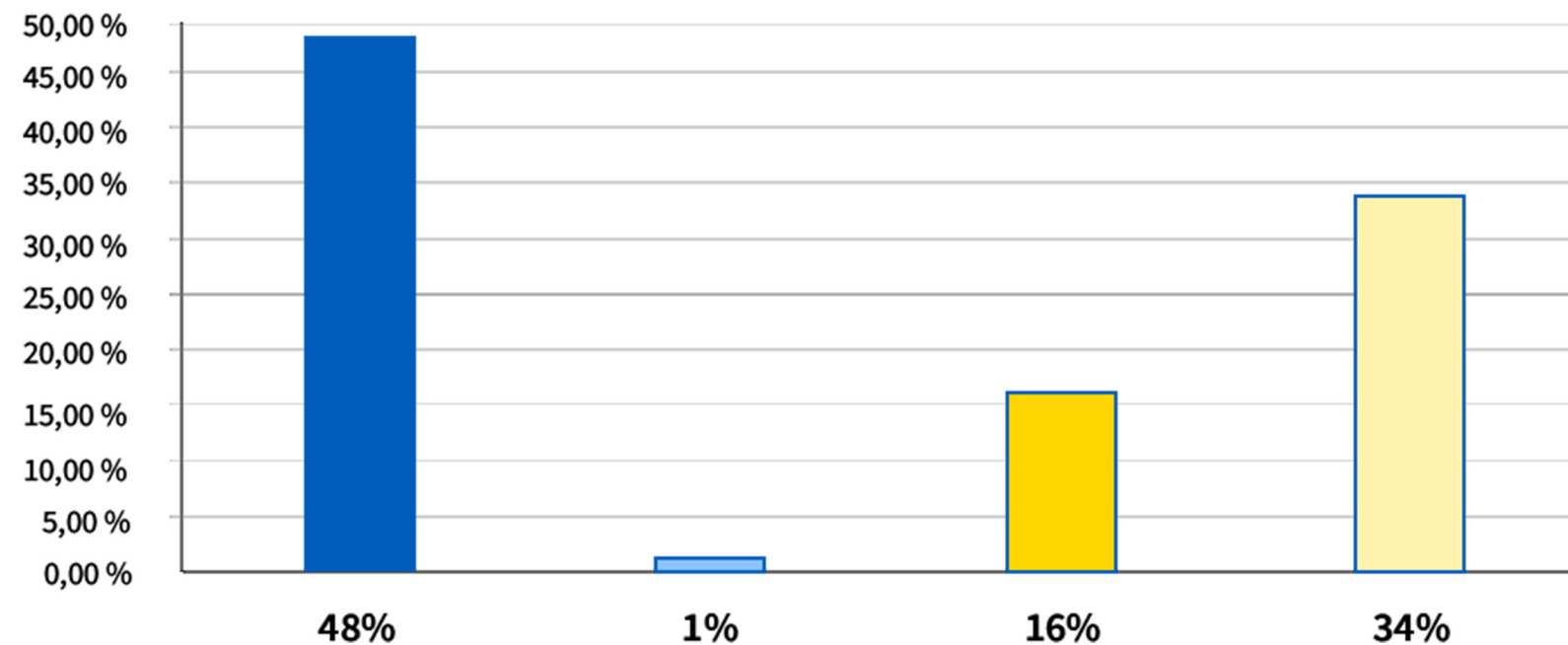
Bereits heute aber ergibt sich für 48 Prozent der Befragten zumindest eine Erschwernis, wenn nicht gar eine Unterbrechung der Beschaffung von Rohstoffen und Waren.

Welche Auswirkungen ergeben sich durch die Sanktionen für Ihr Unternehmen?



Quelle: BGA-Unternehmensbefragung; März 2022; Grafik: BGA

Wie reagieren Sie auf die Auswirkungen der Sanktionen?



- Wir suchen neue Beschaffung- und Vertriebswege
- Wir suchen nach Möglichkeiten, bestehende Verträge vorzeitig zu beenden
- Wir fahren unsere Geschäftstätigkeit zurück
- Wir haben keine Möglichkeiten, kurzfristig zu reagieren

Quelle: BGA-Unternehmensbefragung; März 2022; Grafik: BGA

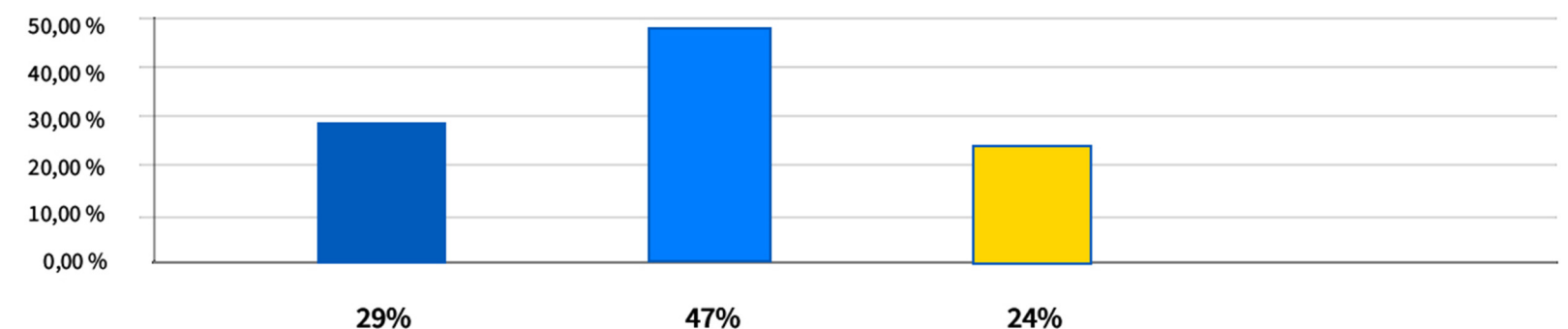
Der Ukraine-Krieg beeinflusst auch die Transportwege für Rohstoffe und Waren. Für die Logistik ergeben sich vielfach längere Transportwege, die zu teureren und verspäteten Lieferungen führen. Die deutsche Wirtschaft wird sich an diese Herausforderungen anpassen und neue Lieferwege finden.

34 Prozent der Unternehmen geben aber aktuell an, keine Möglichkeit zu haben, auf die Auswirkungen kurzfristig zu reagieren, 16 Prozent sehen sich sogar gezwungen ihre Geschäftstätigkeit zurückzufahren. Dagegen denken bereits 48 Prozent der befragten Unternehmer über neue Beschaffungs- und Vertriebswege nach. Dass dies nicht so einfach ist, zeigt die Frage danach, wie schnell dies möglich ist.

Klar ist, dies benötigt Zeit. Während 29 Prozent der Befragten Alternativen hat, um schnell andere Geschäftskontakte aufzubauen, gaben 47 Prozent der Befragten an, dass sie die Auswirkungen nicht schnell bewältigen können. 24 Prozent der Befragten sehen sich sogar in der Entwicklung neuer Geschäftsbeziehungen eingeschränkt.

Zusammengefasst befassen sich die Unternehmen bereits mit Versorgungswegen von morgen. Dies macht Mut, dass Deutschland die wirtschaftlichen Herausforderungen aus dem Russland-Ukraine-Konflikt bewältigen wird.

Wie schnell wäre es Ihrem Unternehmen möglich, auf andere Lieferanten auszuweichen oder neue Lieferwege aufzubauen?



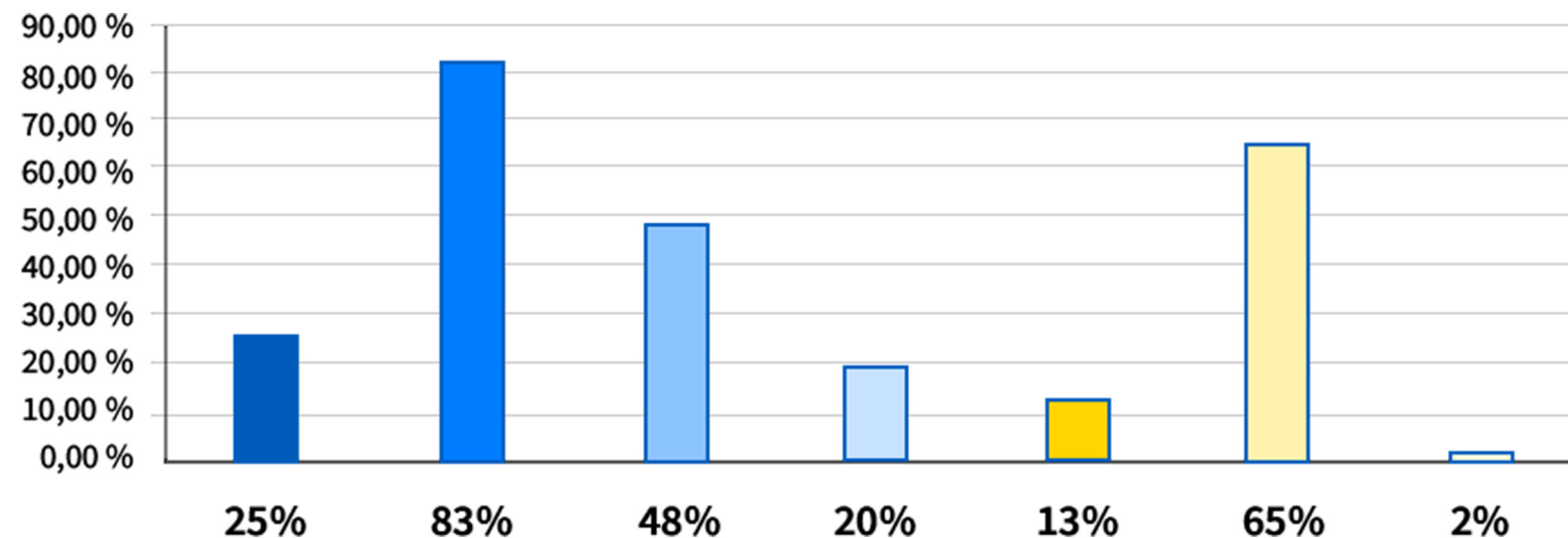
- Wir haben Alternativen, um schnell andere Geschäftskontakte aufzubauen
- Wir brauchen Zeit, um die Auswirkungen zu bewältigen
- Wir sind aktuell in der Entwicklung neuer Geschäftsbeziehungen eingeschränkt

Quelle: BGA-Unternehmensbefragung; März 2022; Grafik: BGA

ERWARTUNGEN AN DAS POLITISCHE HANDELN

Aktuell leiden die Unternehmen in Deutschland noch unter den Folgen der Corona-Pandemie. Die Lieferketten sind angespannt und die Preise zeigen steigende Tendenzen. Dies belastet die wirtschaftliche Erholung. Der BGA hat daher auch nach den Erwartungen an die Politik gefragt, wie diese auf die wirtschaftlichen Folgen reagieren sollte.

Welche Erwartungen haben Sie an die Politik, um auf die Krise wirtschaftlich zu reagieren?



- Außenwirtschaftliche Flankierung beim Aufbau neuer internationaler Lieferwege
- Sicherstellung der Energieversorgung, u. a. durch Beschleunigung des Ausbaus von erneuerbarer Energie und Netzinfrastruktur
- Beschleunigter Ausbau der Verkehrs- und Digitalinfrastruktur
- Gewährung schneller und unbürokratischer finanzieller Überbrückungshilfen, u. a. durch günstige Kredite, Zuschüsse und Bürgschaften
- Belastungsmoratorium für die Wirtschaft
- Wirksamer Abbau von Bürokratie und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren
- Die eingeleiteten Maßnahmen sind ausreichend

Quelle: BGA-Unternehmensbefragung; März 2022; Grafik: BGA

Die Groß- und Außenhändler erwarten von der Politik ein mutiges und schnelles Handeln. Die bisherigen Maßnahmen werden nur von wenigen – gerade einmal gut zwei Prozent – als ausreichend angesehen. Wirtschaftspolitisch haben sie insbesondere drei Prioritäten:

Zu allererst halten sie die Sicherstellung der Energieversorgung für die vordringlichste politische Handlungsaufgabe. Mit 83 Prozent steht dies für die Unternehmen mit deutlichem Abstand ganz oben auf der Agenda.

Generell müssen Verfahren beschleunigt und Bürokratie abgebaut werden. Dieser Auffassung sind 65 Prozent der Befragten. Es geht dabei nicht nur darum, die Energieversorgung aus erneuerbaren Energien zu erleichtern und zu beschleunigen, sondern auch in anderen Bereichen Unternehmen wieder mehr Flexibilität im unternehmerischen Handeln zu geben.

Für die Groß- und Außenhändler ist der beschleunigte Ausbau der Verkehrs- und Digitalinfrastruktur ein drittes Thema von großer Bedeutung. Hierfür sprechen sich 48 Prozent der befragten Groß- und Außenhändler aus. Dies ist bedeutend für Deutschland als Drehscheibe der Logistik zwischen West- und Osteuropa sowie zwischen Nord- und Südeuropa. Infolge des Ukraine-Konfliktes dürfte die Bedeutung Europas nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich noch steigen.

Im Moment auf der Prioritätenlisten im Mittelfeld nicht weit oben stehen Fragen der Gewährung von finanziellen Überbrückungshilfen und der Belastungen allgemein. Allerdings kann sich dies ändern, wenn die wirtschaftlichen Belastungen aus dem Ukraine-Krieg längerfristig bestehen.

Der BGA geht jedoch davon aus, dass die Politik nun auch wirtschaftspolitisch entschlossen handelt, und die notwendigen Flankierungen zur Stärkung der wirtschaftlichen Basis und Entlastungen einleitet und erforderlichenfalls nachjustiert.